

Die Opfergleichheit.

Das deutsche Kriegsernährungsamt ist in der Lage, den Preis für Getreide, Graupen und Gerstengröße herabzusetzen, nachdem der Brotpreis schon vor Tagen herabgesetzt worden ist. Nichtsdestoweniger haben die Stadtvertretungen des Deutschen Reiches ernsthafte Klage über die Schwierigkeiten geführt, auf die die Ernährung ihrer Bürger stößt, und fordern von Reich und Einzelstaat noch tatkräftigere Einschränkungen des Erwerbstriebes der Händler wie der Erzeuger. Und auch wir sind weit davon entfernt, die Volksernährung Deutschlands im Kriege glänzend oder auch nur befriedigend zu finden. Sie könnte auch dort geregelter und weniger schmal sein, wenn erstens die Staatsgewalt nicht so vielfältig auf Reich, Einzelstaat, Kommunalverbände und Einzelgemeinden verteilt wäre und wenn zweitens Erzeuger und Händler mehr an die ungeheuren Opfer und Gefahren der Volksgesamtheit als an sich selbst dächten. Reichlich oder auch nur ausreichend kann die Ernährung nirgends sein. Wir sind eben durch die Abschürfung von den großen Nahrungsmittelquellen des nahen Ostens und von Uebersee tatsächlich in den Zustand einer belagerten Festung verkehrt. Daß wir noch an einige neutrale Staaten grenzen, müßte uns allerdings, wenn das Seerecht aufrecht geblieben wäre, vor diesem Zustand bewahren, da ja das bisherige Völkerrecht einen Krieg gegen die Zivilbevölkerung ebensowenig gekannt hat wie ein Verbot an neutrale Staaten, über ihre Grenzen jeglichen Handel zu betreiben oder ihre Zufuhren über ein bestimmtes Zahlenmaß auszuweiten. Wir erleiden allesamt rechtlose Gewalt; aber Klagen über Völkerrechtsbruch stehen uns wenig an, vor allem schon, weil sie nichts fruchten.

Jedermann weiß, daß er mitentbehren soll, aber nicht jedermann muß und will es in gleicher Weise. Und hierin liegt das Problem der Kriegswirtschaft, hierin ihre organisatorische Aufgabe. Schon im Frieden ist es eine alltägliche Erscheinung, daß sich der Unbemittelte mit der Hälfte oder mit dem Drittel dessen sättigt, was der Bemittelte genießt. Das Ausland findet die Volksgesamtheit gewiß mit einer kriegsmäßigen, also mäßigen Durchschnittskosten und sie kann nur hergestellt werden durch den Verzicht der Begüterten auf Wohlleben. So von der Seite des Verbrauchs. Auf der anderen Seite lehrt schon der Friede, daß der Arbeitende mit dem zehnten und hundertsten Teil des Erwerbs durchkommt, verglichen mit dem Besitzenden. Selbstverständlich soll der Krieg von niemandem als Erwerb Gelegenheit aufgefaßt werden. Die Bourgeoisie huldigt aber so sehr der entgegengesetzten Auffassung, daß man einmal umgekehrt aussprechen muß: Es ist nicht wahr, daß man in der Kriegsnötigkeit verdienen muß! Diese verkehrte Psychologie ist jedoch so sehr eingerissen, daß allen Ernstes von staatlichen und privaten Volkswirten die Behauptung aufgestellt wird: Die Landwirte müssen verdienen, sonst erzeugen sie nichts! Man hat damit unrecht; wenn man sich die Mühe gäbe, den Landwirten begreiflich zu machen, wozu es sich heute handelt, wir sind überzeugt, daß sich nur wenige zu solch herzloser Auffassung bekennen möchten. Leider aber gibt es allzu viele Leute, die das Ohr der Landwirte haben und die in derselben Weise wie in

Friedenszeiten das Evangelium von den hohen Preisen verkündigen. Und noch schlimmer steht es um die kapitalistische Plusmacherei im Zwischenhandel und in der Industrie.

Das Gefühl, daß man im Kriege weder verdienen müsse, noch solle, kommt leider immer mehr abhanden und darum muß die Staatsgewalt der Selbstsucht Schranken setzen und den Interessenten zurufen: Ihr müßt euch mit geringeren Preisen bescheiden! Hat sie diesen moralischen Mut, besitzt sie das organisatorische Geschick, Erzeugung und Handel wirksam zu regeln, so kann sie eine zulängliche Durchschnittskosten zu erträglichen Preisen sicherstellen, das heißt also das Opfer des Verbrauchers verringern durch ein bescheidenes Mitopfer des Erzeugers.

In diesem Sinne und Geiste hat das reichsdeutsche Ernährungsamt, wenn auch sehr „maßvoll“, gewirkt und den hochbedeutenden Erfolg erzielt, im dritten Kriegswinter den Brot- und Mahlproduktenpreis herabzudrücken: Getreide von 45 auf 28 Pfennig, Graupen und Größe von 40 auf 30 Pfennig das halbe Kilogramm, Brot in Berlin von 42 auf 34 Pfennig das Kilogramm. Wenn und da man weiß, daß das vorzüglichste Kriegsmittel der Feinde gerade die Nahrungsmittel sind, so bedeutet diese Herabsetzung einen wirklichen Sieg auch nach außen, nicht nur einen unleugbaren politischen Erfolg der Verwaltung nach innen.

Es ist sehr schade, daß sich unser staatlicher Ernährungsdienst diesen Erfolg hat entgehen lassen, obschon er im Bereich der Möglichkeit lag. Man erinnere sich daran, daß sich mit dem Eintritt der neuen Ernteperiode im Getreidedienst von selbst eine gewisse Reserve ergab. In der vorigen Periode hatte sich um Sylvester mit Rücksicht auf die Kostspieligkeit des rumänischen Getreides die Nötigung ergeben, mit den Mehlpreisen hinauszugehen, um bei der rumänischen Einfuhr starke Verluste zu vermeiden. Mit der neuen Ernte mußten wir, bei der kriegerischen Haltung Rumäniens konnten wir mit diesen zu teuren Zufuhren nicht mehr rechnen; wir standen also vor der angenehmen Wahl, entweder mit den Mahlproduktpreisen herabzugehen oder aus der Differenz einstweilen eine Reserve anzulegen, um später über sie zu verfügen. Unsere Leser erinnern sich, daß wir damals auf diese Reserve hinwiesen. In so ungewissen Zeiten schaden Reserven nicht. Besäßen wir sie noch, so hätte der österreichische Ernährungsdienst wahrscheinlich jetzt mit dem reichsdeutschen gleichen Schritt halten können. Unsere Regierung, die gerade damals über die Getreidepreise mit den Ungarn verhandelte, obschon eine Minderheit von zehn gegen eine Mehrheit von elf Stimmen des Beirats vor solchen Verhandlungen gewarnt hatte, brachte jedoch aus Budapest eine Erhöhung des Uebernahmepreises mit, den die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt dem Erzeuger zu zahlen hat.

Der Brotpreis, der nunmehr in Berlin erzielt worden ist, hat besonderes Interesse deshalb, weil er, wenn die von der Presse gegebenen Preisberichte zuverlässig sind, den Brotpreis in dem allseits frei zugänglichen London geschlagen hätte. Ende August soll in London das Bierpfundbrot 9½, in der Eisenstadt Birmingham 10 Pence gekostet haben. Auf Kilogramm und Mark umgerechnet kostete sonach in England ein Kilogramm Brot etwa 45 Pfennig gegen 34 in Berlin. Bei uns in Wien beträgt der Höchst-

preis eines Kilogramms Brot 57 Heller oder nach Friedenskurs etwa 48 Pfennig. Man wird fragen, wie so England bei offener See zu so hohen Preisen kommen kann. Das geht zurück erstens auf die Verteuerung der Schiffsfracht, sodann auf den Ausfall der gesamten osteuropäischen Zufuhr (Dardanellenperre) und endlich auf die Mißernte in großen Teilen Amerikas. England vermag jedoch die Schiffsfracht deshalb nicht durch Staatseingriff herabzudrücken, weil es den heimischen Schiffspark größtenteils für militärische Frachten benötigt und auf die neutrale Schifffahrt angewiesen ist, die sie voll bezahlen muß. Eine wahre Flut von Reichtum hat sich daher auf die neutralen Meere ergossen, vor allem auf die norwegischen. Norwegen besaß seit jeher eine große Handelsflotte und verdiente ohne beträchtliche eigene Aus- und Einfuhr viel als Zwischenhändler. Im Kriege hat es und nicht anders haben die anderen Neutralen die heimische Handelsflotte stark vermehrt. Nach dem Kriege werden die Größenverhältnisse aller Handelsmarinen völlig umgewälzt sein. Trotz alledem aber vermag der Weltverkehr den Ausfall des gewaltigen deutschen Schiffsparks nicht wettzumachen. Und so büßt England den Nahrungsmittelkrieg in gewissem Maße mit.

Der Erfolg des reichsdeutschen Brotregimes lehrt uns, daß wir nicht müde werden dürfen, auf die strammste Vereinheitlichung des Ernährungsdienstes hinzuwirken und die endliche Durchführung der Opfergleichheit ohne Vorbehalt von sogenannten „Verdienstnotwendigkeiten“ zu fordern. Die Notwendigkeit des Lebens geht allen anderen wirklichen und vermeintlichen Notwendigkeiten voran!